



Eingriffsrechte der Polizei nicht als Wahlkampfthema missbrauchen!

In Zeiten des Internets verändert sich auch die Kriminalität. Dass die Polizei deshalb andere Ermittlungsmethoden und andere Eingriffsrechte braucht, wissen auch die Parteien. Trotzdem ist fünf Monate vor der auch bundesweit wichtigen Landtagswahl in NRW ein heftiger öffentlicher Streit über die Frage ausgebrochen, was die Polizei in Zukunft darf und was nicht.

Vordergründig geht es allen Parteien um mehr Sicherheit für die Bürger. Aber wenn es um die Nutzung neuer Technologien geht, um Straftaten zu verhindern oder deren Begehung zumindest im Nachhinein zu ahnden, liegen die Positionen selbst innerhalb der Regierungskoalition von CDU und FDP derzeit weit auseinander. Umstritten zwischen den vier im Landtag vertretenen Parteien ist nicht nur die Grenze zwischen dem Schutz der privaten Lebensgestaltung auf der einen und den Notwendigkeiten einer wirksamen Strafverfolgung auf der anderen Seite, sondern zum Beispiel auch die Aufnahme des finalen Rettungsschusses in das Polizeigesetz, die Einführung einer neuen Hilfspolizei zur Überwachung besonders gefährdeter Personen und Einrichtungen und die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen der Polizei und den kommunalen Ordnungsämtern. Das zeigt ein Blick in die drei bislang veröffentlichten Entwürfe der Parteien: den bereits vor der Sommerpause vorgelegten Entwurf der SPD-Fraktion für ein neues Polizeigesetz, den im November veröffentlichten Gegenentwurf der schwarz-gelben Landesregierung und das nur wenige Tage später nachgeschobene Positionspapier „Sicher leben in NRW“ der CDU.

Im Zentrum des von der SPD-Fraktion vorgelegten Entwurfs für ein neues Polizeigesetz für NRW steht die Frage, welche zusätzliche Kompetenz die Polizei bei der Überwachung von Internet- und Telekommunikationsdaten bekommen soll, um mit dem veränderten Kommunikationsverhalten von Straftätern Schritt halten zu können, ohne dabei in den vom Bundesverfassungsgericht besonders geschützten Kernbereich der privaten Lebensgestaltung einzugreifen.

Die GdP hatte Ende November bei der Anhörung im Innenausschuss den SPD-Entwurf, der im Wesentlichen auf den entsprechenden, bereits in mehreren ostdeutschen Bundesländern geltenden Gesetzes-

bestimmungen fußt, grundsätzlich begrüßt, einzelne Teile allerdings kritisiert. Mit dem vorgesehenen Gesetzentwurf würden der Polizei „effektive und unverzichtbare Ermittlungsmittel zu Verhütung und Verfolgung besonders schwerer Straftaten und zur Abwehr von Gefahren für Leib und Leben zur Verfügung gestellt“, heißt es in der Stel-

lungnahme der GdP. Zugleich hatte die GdP noch einmal darauf hingewiesen, dass es auch Grenzen der Strafverfolgung geben muss. Dass das Polizeirecht „der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – insbesondere zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung – Rechnung tragen muss, ist für uns selbstverständlich“, stellt die GdP in ihrer Stellungnahme fest.

Klärungsbedarf sieht die GdP allerdings in der Frage, ob alle Einschränkungen des Bundesverfassungsgerichts bei strafprozessualen Eingriffen in den Kernbereich der

→ Seite 2

Wir brauchen einen Grundkonsens

Bildung und Innere Sicherheit – das sind die beiden Kernkompetenzen, über die die Bundesländer selbst entscheiden können. Mehr gibt es nicht. Dass die Innere Sicherheit zu einem Wahlkampfthema werden wird, kam deshalb so überraschend nicht. Dass der Streit bereits jetzt, mehrere Monate vor der Landtagswahl am 9. Mai, ausbrechen sollte, dann doch. Und auch das erschreckend niedrige Niveau der Auseinandersetzung.

Dass sich die Politik für die Innere Sicherheit interessiert, ist gut für die Polizei. Aber dass sich die Parteien öffentlich darüber streiten, ob die Polizei die Ermittlungsinstrumente in die Hand bekommen darf, die sie braucht, um unter den veränderten Rahmenbedingungen des Informationszeitalters handlungsfähig zu bleiben, schadet der Inneren Sicherheit. Und den Bürgern. Genauso wie die Gedankenspiele über die Einführung einer Billigpolizei.

Noch haben wir nur ein erstes Vorgeplänkel erlebt. Noch testen die Parteien nur aus, wie sie sich im Wahlkampf positionieren wollen. Noch ist die Chance, dass sich die im Landtag vertretenen Parteien zumindest auf einige Grundsätze der Inneren Sicherheit verständigen, statt irrealer Bedrohungsszenarien aufzubauen oder den vermeintlichen Freiheitshelden zu spielen, nicht vertan.

Auf das Land kommen harte Zeiten zu. Nicht nur wegen der noch immer nicht überwundenen Wirtschaftskrise und der vom Bund beschlossenen Schuldenbremse. Da wäre es gut, wenn sich die Politik auf ihre Kernaufgaben konzentrieren würde, statt Scheingefechte um die Innere Sicherheit zu führen. Was wir stattdessen brauchen, ist ein Grundkonsens, wie viel Innere Sicherheit wir uns leisten wollen. Welche Instrumente wir dazu brauchen. Und was das kosten darf. Am Besten lagerübergreifend. Denn Innere Sicherheit lässt sich nur langfristig organisieren. Über Legislaturperioden hinaus.

Frank Richter



Fortsetzung von Seite 1

privaten Lebensgestaltung 1:1 in das Polizeirecht übertragen werden müssen. In der Praxis könnte das zum Beispiel bedeuten, dass eine akustische Wohnraumüberwachung selbst bei dringendem Strafverdacht abgebrochen werden muss, sobald nicht ausgeschlossen werden kann, dass in dem abgehörten Gespräch private Themen zur Sprache kommen. Diese Bestimmung könnte zum Beispiel bei ausländischen Strafverdächtigen zu einem Problem werden, wenn diese im Gespräch unvorbereitet Sprache oder Dialekt ändern. Steht kein entsprechend geschulter Dolmetscher zur Verfügung, müsste die Überwachungsmaßnahme sofort abgebrochen werden.

Um dieses Dilemma zu vermeiden, schlägt die GdP den Einsatz eines so genannten Richterbandes vor. Auf ihm könnten alle Gespräche automatisch aufgezeichnet und unverzüglich verschlüsselt werden. Nur der zuständige Richter wäre im Besitz des entsprechenden Codes zum Abhören des Bandes. Er könnte ohne Zeitdruck entscheiden, ob die mitgeschnittenen Passagen für die Ermittlungen freigegeben oder unverzüglich gelöscht werden.

Kritisch sieht die GdP auch das Fehlen des finalen Rettungsschusses im SPD-Entwurf. Zwar darf die Polizei in NRW auch bereits jetzt als letztes Mittel zum finalen Rettungsschutz greifen, aber es fehlt eine klare gesetzliche Regelung dazu. Das ist aus Sicht der GdP nicht akzeptabel. „Die Polizei benötigt Rechtssicherheit, wenn sie in ein Grundrecht eingreifen muss. Das gilt in besonderen Maße für den denkbar schwersten Eingriff, den Eingriff in das Leben eines Menschen“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter.

Auch der Gesetzentwurf der amtierenden schwarz-gelben Landesregierung stößt auf Kritik der GdP: Weil CDU und FDP sich intern nicht darauf verständigen konnten, wie sie den Widerspruch zwischen dem Schutzbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger vor Eingriff in ihre Privatsphäre auf der einen und den Ermittlungsnotwendigkeiten der Polizei im Zeitalter des Internets auf der anderen Seite lösen wollen, fehlen im Gesetzentwurf der Landesregierung wichtige Eingriffsermächtigungen zu präventiven Bekämpfung von schweren Straftaten wie zum Beispiel Terroranschlägen. Die Frage, unter welchen Voraussetzungen vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes Online-Durchsuchungen zulässig sind, Telekommunikations-, Fax- und E-Mail-Verbindungen überprüft werden dürfen, bleiben im Entwurf der Landesregierung ungeklärt.

Die CDU hat diesen koalitionsinternen

Streit dadurch zu lösen versucht, dass sie nur kurz nach Vorlage des gemeinsamen Regierungsentwurfs ein eigenes Positionspapier zur Inneren Sicherheit vorgelegt hat und hatte sich damit den Spott der Oppositionsparteien eingehandelt. In dem Papier stehe quasi alles, was die CDU jemals in Bezug auf die Innere Sicherheit gefordert habe, lautete der Vorwurf.

Für die GdP stehen bei der Bewertung des CDU-Konzeptes zwei andere Gesichtspunkte im Vordergrund: die geplante Einführung einer Wachpolizei zum Schutz besonders gefährdeter Personen und Einrichtungen und die Ausweitung der Zuständigkeit der Polizei auf öffentliche Ordnung. „Die Durchsetzung der öffentlichen Ordnung ist Aufgabe der Kommunen“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter. „Wenn die Polizei eine Teilzuständigkeit dafür bekommen soll, bedeutet das nichts anderes, als dass die Polizei in Zukunft nicht mehr die notwendigen Kapazitäten frei hat, um sich um ihrer eigentlichen Aufgabe, der

Verhinderung und Ahndung von Straftaten, zu kümmern, weil sie stattdessen Bagatelvergehen nachgehen muss. „Vor allem in den Nachtstunden, wenn die Mitarbeiter der Ordnungsämter längst zu Hause sind, sind Engpässe vorprogrammiert“, warnte Richter.

Zudem steht auch die Forderung der CDU nach Einführung einer eigenen Wachpolizei im Widerspruch dazu. Denn offiziell hatte die CDU sie damit begründet, dass so bei der Polizei Kapazitäten für ihre eigentlichen Kernaufgaben, die Verhinderung und Verfolgung von Straftaten, frei werden würden. Hinzu kommt, dass nur wenige Wochen ausgebildete Billigpolizisten kaum in der Lage sein dürften, besonders gefährdete Personen und Einrichtungen zu schützen. Der Verdacht, dass es der CDU gar nicht um den Wachdienst, sondern um etwas ganz anderes geht, liegt deshalb mehr als nahe: Ihr geht es um die Einführung einer Billigpolizei, deutlich unter dem jetzigen Einkommensniveau der Polizei.

Regeln für das Erlassfrei

Nach der Neuregelung der Kriterien für die Ausrufung der „größtmöglichen Verfügbarkeit“ (DP 12/2009) fordert die GdP, dass auch die Regeln zum sogenannten Erlassfrei für die Einsatzhundertschaften neu festgesetzt werden. Wegen der enormen Einsatzbelastung ist hier dringender Handlungsbedarf gegeben: Der Sinn des erlassmäßig zugesicherten planbarem Dienstfrei am Wochenende (13 Wochenenden pro Jahr) ist, dass auch die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei ein Mindestmaß an Planbarkeit für ihre Familie und ihre Freizeitgestaltung haben müssen. Dieser Anspruch der Beschäftigten kann auf Grund der enormen Arbeitsbelastung der Hundertschaften derzeit nicht eingehalten werden. Schlimmer noch: Gültige Regelungen der Arbeitszeitverordnung bzw. des DSM wurden an vielen Wochenenden im gerade zu Ende gegangenen Jahr vollkommen ignoriert.

Aus diesem Grunde ist es zwingend erforderlich, auch über andere Modelle der Arbeitsplanung nachzudenken. Denn schlechter als es jetzt ist, kann es nicht mehr werden. Alleine im Zeitraum vom 1.9. bis 29.11.2009 (13 Wochenenden) konnte das Erlassfrei an sieben von zwölf Samstagen nicht gewährt werden. Das heißt, 53 Prozent des erlassmäßig zugesicherten Dienstfrei wurde gestrichen. Diese Zahlen stellen keine Ausnahme

dar, sondern die Regel. Zudem erfolgt auch während der Woche eine ständige Verschiebung der Dienstzeiten aus aktuellen Anlässen, so dass selbst wochentags von einer Planbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf keine Rede sein kann.

Die Folge: Die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich verheizt. Denn beim erlassfreien Wochenende geht es nicht um ein freies Wochenende (unter vielen), das für einen polizeilichen Anlass geopfert wird werden muss, sondern es geht genau umgekehrt um das eine freie Wochenende zwischen vielen anderen, die bereits per Dienstplan nicht zur Verfügung stehen. Es besteht deshalb die Gefahr einer sozialen Verarmung der jungen Beamtinnen und Beamten der Bereitschaftspolizei, die am sozialen Leben mit ihren Freunden und Partner teilnehmen möchten oder vor der Gründung einer Familien stehen. Der Landesfachausschuss Bereitschaftspolizei befindet sich aktuell in Gesprächen mit dem Innenministerium, um eine veränderte Verfahrensweise für 2010 zu erreichen. Er hat dem IM hierzu konkrete Vorschläge vorgelegt. Als erstes Ergebnis unserer Gespräche ist festzustellen, dass das LZPD eine Arbeitsgruppe eingerichtet hat, die sich umgehend mit dieser Problematik auseinandersetzen und Alternativmöglichkeiten vorschlagen soll. Sie muss jetzt schnell zu belastbaren Ergebnissen kommen.



POLITIK IN NRW

Wahljahr 2010

Gleich vier politische Großereignisse stehen 2010 den GdP-Mitgliedern in NRW ins Haus: Den Anfang macht der Landesdelegiertentag vom 20. bis 22. April in Dortmund. Dort wird der Landesbezirksvorstand neu gewählt. Unter dem Motto „Wir sichern Zukunft“ werden die gut 200 Delegierten aus ganz NRW zudem über die politischen Leitlinien der GdP für die kommenden vier Jahre entscheiden.

Nur wenige Tage später, am 9. Mai 2010, wird der Düsseldorfer Landtag neu gewählt. Dort geht es nicht nur um die Frage, ob die amtierende schwarz-gelbe Landesregierung

erneut eine Mehrheit der Parlamentssitze erringen kann, sondern auch darum, ob im Düsseldorfer Landtag in Zukunft vier oder fünf Parteien vertreten sind.

Noch im gleichen Monat folgt vom 17. bis 20. Mai der DGB-Bundeskongress in Berlin. Dessen Delegierte sollen über eine Organisationsreform des Dachverbands entscheiden und damit auch über den für die GdP wichtigen Fortbestand der DGB-Bezirke. Vom 22. bis 24. Oktober folgt schließlich der GdP-Bundeskongress in Berlin. Hier steht die Neuwahl des Bundesvorstands der GdP im Mittelpunkt.

Polizeiberuf weiter begehrt

Der Polizeiberuf ist in NRW weiter begehrt: 7079 junge Männer und Frauen haben sich im vergangenen Jahr für den im September beginnenden neuen Bachelor-Studiengang Polizeivollzugsdienst beworben. 600 mehr als ein Jahr zuvor. Gut 6000 von ihnen erfüllen die Einstellungs Voraussetzungen für die Polizei und kommen in das interne Auswahlverfahren für die 1100 Studienplätze für Neueinsteiger.

Die GdP sieht in dem anhaltend hohen Interesse junger Menschen am Polizeiberuf einen Beleg, dass Nordrhein-Westfalen bei der Polizeiausbildung auf einem guten Weg ist. „NRW bietet nicht nur eine

qualitativ hochwertige Ausbildung für die angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten, sondern mit der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn auch eine sichere Zukunftsperspektive“, erklärte GdP-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Kochs. „Jetzt kommt es darauf an, den hohen Standard auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen zu halten. Denn bereits in wenigen Jahren wird die Polizei verstärkt mit anderen Berufen um die kleiner werdende Zahl qualifizierter Schulabgänger konkurrieren. Das geht nur, wenn die Arbeitsbedingung und das Einkommen stimmen.“

NRW startet eigene Gewaltstudie

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Entscheidung von Innenminister Ingo Wolf (FDP), in Nordrhein-Westfalen eine eigene Studie über Gewalt gegen Polizeibeamte in Auftrag zu geben, als richtige Antwort auf das Scheitern der geplanten bundesweiten Studie bewertet. „Die von Wolf angekündigte Studie bietet die Chance, endlich etwas gegen die Ursachen der zunehmenden Gewalt zu unternehmen“, erklärte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter. Alleine in Nordrhein-Westfalen werden jedes Jahr rund 6500 Polizeibeamtinnen und -beamte während ihres Dienstes gewaltsam angegriffen. Tendenz steigend. „Das ist nicht hinnehmbar“, sagte Richter

Zugleich hat die GdP bedauert, dass es den Innenministern nicht gelungen ist, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen. „Die zunehmende Gewalt gegen Po-

lizeibeamte ist kein NRW-spezifisches, sondern ein bundesweites Problem. Dass sich die Bundesländer trotzdem nicht auf eine gemeinsame Studie verständigen konnten, wirft kein gutes Licht auf die Zusammenarbeit in der Innenministerkonferenz in einer so elementaren Frage“, erklärte der GdP-Vorsitzende.

Unmittelbar nach der Ankündigung von Wolf, für NRW eine eigene Gewaltstudie in Auftrag zu geben, hat die GdP den Innenminister aufgefordert, den Hauptpersonalrat der Polizei bei der Konzeption und Umsetzung der Studie zu beteiligen. „Wir müssen vermeiden, dass es noch einmal, wie bei der jetzt gescheiterten bundesweiten Studie, zu Irritationen über einzelne Fragen kommt. Denn wir brauchen die Unterstützung aller Polizeibeamten, damit die Studie zu belastbaren Ergebnissen führt“, sagte Richter.

Vorbereitung auf das PAC-Verfahren

Für Polizeibeamtinnen und -beamte des mittleren Dienstes, die ihre Aufstiegschancen bei der Polizei durch ein nachträgliches Studium verbessern wollen, bietet die GdP einen besonderen Service: Mit Hilfe eines eintägigen Bewerbungstrainings können sich potenzielle Bewerberinnen und Bewerber ab Januar gezielt in Kleingruppen auf das PAC-Verfahren 2010 vorbereiten. Geübt werden Rollenspiele, Vorträge und Stressinterviews. Die Dozenten sind erfahrene Ausbilder und Trainer.

Für die eintägige Veranstaltung (14.30 bis 20.30 Uhr) gibt es sieben Alternativtermine: 4. 1. 2010, 11. 1. 2010, 20. 1. 2010, 8. 2. 2010, 24. 3. 2010, 29. 3. 2010. Die Schulungen finden in der Geschäftsstelle des GdP-Landesbezirks in Düsseldorf statt. Der Eigenanteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beträgt 20 Euro. Anmeldung und Infos: Theo Meyer, Tel.: 02 11/2 91 01 46.

Anzeige

**ExxonMobil
Chemical**

**Verantwortung
für Sicherheit, Gesundheit,
Umwelt**

RESPONSIBLE CARE ist eine weltweite Initiative der Chemischen Industrie für Sicherheit, Gesundheit und Umwelt, zu deren aktiven Mitgliedern die ExxonMobil-Organisation seit 1987 gehört.

Im Rahmen der RESPONSIBLE CARE haben wir es in Europa geschafft, die Emissionen unserer Chemieanlagen von 1990 bis heute um mehr als 50 % zu verringern – ein Ziel, auf das wir sehr stolz sind und das wir eifrig weiterverfolgen.

**ExxonMobil Chemical Central
Europe GmbH**
Neusser Landstraße 16,
50735 Köln





„Politik trifft Polizei“, unter diesem Motto hat die nordrhein-westfälische SPD-Vorsitzende Hannelore Kraft am 27. November fast zweieinhalb Stunden mit Kolleginnen und Kollegen des Polizeipräsidiums Essen/Mülheim über die Einsatzsituation in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen der Polizei, die aktuelle Arbeitsbelastung und die Bedrohungsängste der Bürgerinnen und Bürger diskutiert. An dem von der GdP organisierten Treffen hatte neben Beamten aus der Bereitschaftspolizei und dem Wach- und Wechseldienst sowie mehrere Kolleginnen und Kollegen aus dem K-Bereich auch Vorstandsmitglied Adi Plickert teilgenommen.

Detailliert ließ sich die SPD-Vorsitzende erklären, welche Folgen es hat, wenn zum Beispiel eine Stadtteilwache, die früher mit 15 Polizeibeamten besetzt war, heute nur noch über sieben Stellen verfügt, wie groß der bürokratische Aufwand bei der Sachbearbeitung vieler Verfahren ist und wie sich die Polizei auf den Kampf um die besten Köpfe vorbereiten kann, wenn die Zahl der Schulabgänger kleiner wird. Eine für den gleichen Abend geplante Begleitung von Kolleginnen und Kollegen der Nachtschicht musste kurzfristig wieder abgesagt werden: In der gleichen Nacht wurden im gesamten Essener Stadtgebiet unter Hochdruck die beiden flüchtigen Aachener Ausbrecher gesucht.

Aufstiegsperspektiven im Tarifbereich

Drei Themen werden in den kommenden vier Jahren im Mittelpunkt der Arbeit des Landesfrauenvorstands der GdP stehen: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Verbesserung der Karrierechancen von Frauen bei der Polizei und die Aufstiegsperspektiven im Tarifbereich. Das hat der Landesfrauenvorstand am 14. Dezember bei seiner ersten Arbeitssitzung nach der Neuwahl in Düsseldorf beschlossen.

Als erstes Projekt wollen die GdP-Frauen in den kommenden Wochen eine noch vom alten Landesfrauenvorstand entwickelte Musterdienstvereinbarung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Kreispolizeibehörden bekannt machen. „Die Personalentwicklungskonzepte der Polizei sind noch immer an Strukturen orientiert, in denen es nur wenige Frauen gab“, betonte die Landesfrauenvorsitzende Martina Filla. „Das hat sich geändert. Deshalb müssen wir endlich die Konzepte zur Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Aufgaben, die in anderen Branchen längst

selbstverständlich sind, zur Kenntnis nehmen und prüfen, was davon auf den Polizeibereich übertragbar ist.“

In der Musterbetriebsvereinbarung fordern die GdP-Frauen mehr Möglichkeiten zur freiwilligen Teilzeitarbeit, bessere Rahmenbedingungen für die Elternzeit und die Entwicklung eines Qualifizierungs- und Wiedereingliederungskonzeptes für Beschäftigte nach einer vorübergehenden Berufspause aus familiären Gründen. Handlungsbedarf sehen die GdP-Frauen auch im Tarifbereich. Die lange Zeit dominante Diskussion um die zweitgeteilte Laufbahn habe dazu geführt, dass auch innerhalb der GdP die Situation der Tarifbeschäftigten etwas aus dem Bewusstsein geraten sei. Bereits auf der Landesfrauenkonferenz im Oktober hatten die GdP-Frauen darauf hingewiesen, dass die Tarifbeschäftigten der Polizei in den vergangenen Jahren nicht nur die Hauptlast des Personalabbaus getragen haben, sondern dass vielen von ihnen auch eine konkrete Aufstiegsperspektive fehlt.

Ende der Einheitskost

Wer bei den Einsatzhundertschaften der Polizei Dienst tut, leidet nicht nur unter ständig wechselnden Arbeitszeiten, sondern auch unter einer ungesunden Einheitskost. Weil Innenminister Ingo Wolf (FDP) die Polizeiküchen privatisiert hat, gibt es bei Großeinsätzen selbst im Winter oft nur kaltes Essen aus einem Verpflegungsbeutel. Die GdP hält das für nicht hinnehmbar. Anfang Dezember hat der Landesbezirk deshalb den Verantwortlichen im Innenministerium, Polizeiinspekteur Dieter Wehe und Einsatzreferent Bernd Heinen, ein Konzept überreicht, wie sich die Verpflegungssituation bei Großeinsätzen nachhaltig verbessern lässt.

Unter dem Titel „Vielfalt statt Monotonie“ hat die GdP ein ganzes Dutzend von Vorschlägen aufgelistet, wie durch einen unterschiedlichen Mix aus verschiedenen Speisen und Getränken die Zusammensetzung der Verpflegungsbeutel so variiert werden kann, dass auch bei den oft mehrere Tage dauernden Großeinsätzen eine gesundheitsgerechte Ernährung der Einsatzkräfte sichergestellt werden kann.

Die Broschüre „Vielfalt statt Monotonie, Vorschläge der GdP zur Verbesserung der Verpflegungssituation der Polizei bei Sondereinsätzen“ gibt es bei allen Kreisgruppen mit Standort einer Einsatzhundertschaft und beim Landesbezirk. Mehr Infos: Jochen Littau, Tel.: 02 11/2 91 01 22, E-Mail: jochen.littau@gdp-nrw.de



Neuer PHPR-Vorsitzender

Sieben Jahre nach seiner Wahl an die Spitze des Polizeihauptpersonalrats im Innenministerium von NRW (PHPR) hat Herbert Uebler (60) am 15. Dezember seinen Platz für einen Jüngeren freigemacht. Neuer PHPR-Vorsitzender ist Adi Plickert (52), der bislang Geschäftsführer des PHPR war.

Herbert Uebler, der auch stellvertretender Landesbezirksvorsitzender der GdP ist, hatte seine gewerkschaftspolitische Laufbahn 1981 als Vorsitzender des Personalrats in Minden-Lübbecke begonnen. 1992 wurde er zum Personalratsvorsitzenden im damaligen Regierungsbezirk Detmold gewählt. Fünf Jahre später, 1997, wechselte er in den PHPR.

GdP gewinnt Wahlen in Düren

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) geht gestärkt aus den Neuwahlen des Personalrates in Düren hervor. Sieben der neun Sitze des örtlichen Personalrates fielen an die GdP, nur zwei an die gemeinsame Liste von BDK und DPoIG. „Das hervorragende Abschneiden bei den Wahlen zeigt, dass wir in den vergangenen Jahren eine gute Arbeit geleistet haben und dass das Kolleginnen und Kollegen zu schätzen wissen“, erklärte der Dürener GdP-Vorsitzende Mike Undorf.

Die Neuwahl war erforderlich geworden, weil es nach Meinung des Verwaltungsgerichts Aachen bei der Personalratswahl im Juni 2008 zu einem Formfehler gekommen war. Der Personalrat war daraufhin zurückgetreten, um den Weg für Neuwahlen frei zu machen.

Die Beschäftigten der Dürener Polizei bewerteten diese Entscheidung positiv: Trotz massiver Anfeindungen durch BDK und DPoIG konnte die GdP bei der Neuwahl des Personalrates sogar leicht zulegen, um drei auf 248 Stimmen bei den Beamten. BDK und DPoIG bekamen hingegen 18 Stimmen weniger. Bei den Tarifbeschäftigten entfielen alle 44 Stimmen auf die GdP. „Wir haben durch unsere sachliche, an den Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen orientierte Politik überzeugt und dabei werden wir auch in Zukunft bleiben“, erklärte Undorf nach der Wahl.

Wir sind die GdP



Wer als GdP-Mitglied umzieht, seine Bankverbindung ändert oder sich eine neue E-Mail-Adresse zulegt, landet als Bearbeitungsvorgang auf dem Schreibtisch von Angelika Dorprigter oder Mirjam Dasberg. Auch wer befördert wird und damit in eine neue Gehaltsgruppe kommt oder in Elternzeit wechselt und deshalb einen geringeren Gewerkschaftsbeitrag zahlt, landet hier. Zwischen 50 und 100 Datensatzänderungen pflegen die beiden jeden Tag in die Mitgliedsdatei des Landesbezirks ein. Auch die Beitritte in die GdP gehören dazu. Mehr als 1200 waren es alleine im vergangenen Jahr. Und das Mahnverfahren fällt unter den Aufgabenbereich der beiden Kolleginnen: Gemeinsam mit dem Mitglied, das mit seiner Beitragszahlung im Rückstand ist, suchen sie dann nach einer Lösung, damit es nicht zum Ausschluss kommt.

Für eine schlagkräftige politische Organisation ist eine immer auf dem neuesten Stand geführte Mitgliedsdatei das A und O. „Deshalb ist eine zeitnahe Mitteilung aller Veränderungen wichtig“, sagt Angelika Dorprigter, „damit es zum Beispiel nicht zu Verzögerungen beim Versand der Deutschen Polizei kommt, und zur richtigen Bemessung des Beitrags.“ „Wer seine Mitteilungen ganz schnell an die Mitgliederverwaltung loswerden will, kann sich auch beim Mitgliederportal der GdP anmelden und hat so direkten Zugang zu seinen Mitgliederdaten“, rät Mirjam Dasberg.

GdP aktiv

12. 1., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Bottrop/Gladbeck, 16.30 Uhr, Kantine des Finanzamtes Bottrop, Scharnhölzstr. 32

19. 1., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr mit Wahlen und Jubilarehrungen, 14.00 Uhr, Gaststätte Berghäuser Hof, Hattinger Str. 121, Schwelm

20. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Aachen mit Neuwahlen, 14.00 Uhr, Saalbau Kommer, Forster Linde, Aachen

20. 1., Mitgliederversammlung der

Kreisgruppe Leverkusen mit Neuwahlen, 17.00 Uhr, im Gartensaal von Schloss Morsbroich, Leverkusen

21. 1., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Duisburg mit Mitgliederehrung und Neuwahlen, 14.00 Uhr, Abteizentrum, An der Abtei 1

28. 1., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Olpe, 16.00 Uhr, Hotel Schnepfer, Attendorn-Mecklinghausen

26. 4.–29. 4., Fahrt der Kreisgruppe Wasserschutzpolizei nach Berlin. Anmeldung und Infos: Achim Blömacher, Tel.: 02 03/2 80 10 85



GdP-Senioren starten Umfrage

Die Seniorengruppen der GdP haben unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte. In vielen Kreisgruppen gibt es regelmäßig Stammtische, Wandergruppen und Informationsveranstaltungen. Andere Seniorengruppen haben ihren Schwerpunkt auf die Beratung in unmittelbaren Lebenssituationen gelegt oder organisieren Gruppenreisen. Mit Hilfe einer Umfrage unter den nicht mehr berufstätigen Mitgliedern will der Landesseniorenvorstand jetzt herausfinden, wo die Mitglieder selber den Schwerpunkt der Seniorenarbeit setzen wollen. „Wie oft im Jahr sollen sich die Pensionäre/Rentner auf der Kreisgruppenebene treffen? Welche Sachinformationen sollten dabei neben dem kollegialen Gespräch im Vordergrund stehen?“ lautet eine der Fragen. Andere Fragen betreffen die Hobbys und das bisherige ehrenamtliche Engagement der Mitglieder.

Mitglieder, die sich an der Umfrage beteiligen wollen, finden den vollständigen Fragebogen auf der Homepage des Landes-

bezirks zum Download. Wer keinen Internetzugang hat, kann den Fragebogen auch in gedruckter Form bei seiner Kreisgruppe bekommen. Einsendeschluss der ausgefüllten Fragebögen ist der 31. Januar.

Die Ergebnisse der Umfrage werden zunächst in den Bezirksverbänden ausgewer-

tet. Anschließend sollen sie Ende Februar in der Klausurtagung des Landesseniorenvorstandes Grundlage der Beratungen über die künftigen Arbeitsschwerpunkte sein.

Mehr Info: Bernd Kohl, GdP-Landesbezirk NRW, Tel.: 02 11/2 91 01 35, E-Mail: bernd.kohl@gdp-nrw.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

5. 1. Maria Ehrentreich, Dortmund
6. 1. Erika Ohl, Düsseldorf
9. 1. Gertrud Voessing, Kall
10. 1. Theodor Rodekirchen, Köln
13. 1. Paula Fröhlich, Meschede
14. 1. Margarete Fleischmann, Warstein
Angelika Schnee, Köln
15. 1. Erich Loosen, Remagen
17. 1. Ernst Grossmann, Meckenheim
18. 1. Helene Fritsching, Unna
20. 1. Hans Stein, Mönchengladbach
21. 1. Ewald Stork, Enger
24. 1. Hilde Meier, Plettenberg
26. 1. Gertrud Wilps, Düsseldorf

91. Geburtstag

6. 1. Margarete Kühlkamp,
Recklinghausen
11. 1. Wilhelmine Franke, Hamm
20. 1. Käte Kortewille, Mülheim
23. 1. Elfriede Sommer, Bergkamen
Hannelotte Stöth, Duisburg

92. Geburtstag

3. 1. Luise-Maria Helmerich, Detmold
Hildegard Heumann, Geseke
7. 1. Robert Schramm, Meerbusch
13. 1. Werner Kaus, Mettmann
22. 1. Wilhelm von Borzyskowski,
Münster

93. Geburtstag

2. 1. Ruth Heinrichs, Wuppertal
7. 1. Georg Bohms, Düren
19. 1. Bernd Katthöfer, Essen
25. 1. Maria Warmers, Rhede
29. 1. Gertrud Brüggemann, Bochum
Karl Geiß, Münster
30. 1. Maria Renette, Neuss

94. Geburtstag

11. 1. Erika Brockmann, Bodnegg
15. 1. Kurt Riedel, Haltern
19. 1. Franka Barnett, Köln

95. Geburtstag

6. 1. Josef Hogen, Alsdorf
23. 1. Andreas Sterck, Köln
24. 1. Edmund Klein, Bochum
30. 1. Franz Brinkert, Datteln

96. Geburtstag

5. 1. Edeltraud Gulgowski, Oberhausen
9. 1. Arnold Stupp, Wesel
15. 1. Berta Hellweg, Lage
21. 1. Agnes Paßmann, Gelsenkirchen
31. 1. Hedwig Dankelmann, Hürth

97. Geburtstag

19. 1. Elisabeth Wienstroth, Köln
21. 1. Marianne Heinz,
Bergisch Gladbach

98. Geburtstag

20. 1. Herta Bastan, Köln

99. Geburtstag

11. 1. Max Mohr, Krefeld

100. Geburtstag

30. 1. Fernandine Schink, Menden

101. Geburtstag

13. 1. Alma-Anna-Dolly Röhrig,
Plettenberg



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe
ist der 8. Januar.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Aktuelle Angebote Ihres **GdP-Reisebüros**



SUNSHINE Resort Van der Valk Drewitzer See

4*- Ferienwohnungen



Im Herzen Mecklenburg-Vorpommerns, an einem der schönsten und klarsten Seen der Mecklenburgischen Seenplatte, inmitten des Naturparks Nossentiner Schwinzer Heide, liegt das 14 ha große SUNSHINE Resort Van Der Valk Drewitz. Genießen Sie Ihren Urlaub in der ehemaligen Staatsresidenz, freuen Sie sich auf entspannende Ruhe und erkunden Sie die wunderschöne Naturlandschaft. Zur Verfügung stehen Doppelhaushälften oder Einzelhäuser für bis zu 6 Personen. Für die Unterhaltung der 4- bis 12- Jährigen sorgen geschulte Animatoren mit abwechslungsreichen Programmen. Außerdem erwarten Sie: ein Hallenbad, Sauna, Minigolfplatz, Tischtennis, Tennisplatz, Segeln, Windsurfen, Rudern, Kanu sowie Boots-, Angel- und Fahrradverleih.

**€ 8,00 Frühbucherermäßigung pro Tag und Wohneinheit
exklusiv für GdP-Mitglieder**

z.B. Doppelhaushälfte HA2 für 1 - 4 Personen

27.03. - 03.04.2010

statt € 770,00

Frühbucherpreis

€ 714,00

bei Buchung bis 28.02.2010



GdP-Service GmbH NRW • Gudastr. 9 • 40625 Düsseldorf

Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-service-nw.de • pinguin@gdp-service-nw.de



Das Berufsleben ist zu Ende, das Gewerkschaftsleben aber noch lange nicht. GdP-Mitglieder, die Fragen zu ihrem Pensions- oder Rentenanspruch haben, die Probleme mit der Beihilfe klären oder sich einfach nur mal mit ihren früheren Kolleginnen und Kollegen treffen wollen, um über die alten Zeiten plaudern wollen, finden bei der GdP ein vielfältiges Beratungs-, Betreuungs- und Freizeitangebot. Rat und Tat gibt es nicht nur beim Landesseniorenvorstand, sondern auch in den Kreisgruppen vor Ort. Alle Anschriften der Kreisseniorengruppen und die Termine der regelmäßigen Treffen stehen im beiliegenden Seniorenkalender 2010.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Bielefeld

14. Januar, Besuch der Preußenausstellung im Historischen Museum, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Ravensberger Park, Bielefeld

Kreisgruppe Kleve

20. Januar, Neujahrskaffee für die Senioren und Seniorinnen, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Hotel Litjes, Goch

Kreisgruppe Köln

21. Januar, Treffen, Treffpunkt: 14.00

Uhr, Pfarrsaal von St. Georg. Vortrag von Frau Reupke, Fachärztin für Neurologie und Psychiatrie über psychische Erkrankungen und Behandlung im Alter. Partner oder Angehörige sind ebenfalls eingeladen

Kreisgruppe Soest

18. Januar, Seniorenstammtisch, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Stadtparkcafé Soest, Am Stadtpark 1

Werbeaktion 2010

Glücksnummern des Monats

45 18027
Thomas Wiechers, Warendorf
45 17853
Judith Neuenhofen, Düsseldorf
45 18304
Simone Brünn, Bochum
45 17964
Mirko Watenphul, Münster

Die Gewinner erhalten ein Carry Bag XS fleur anthrazit.

NACHRUF

Margarete Bär	22. 12. 1920	Duisburg	Heinz Leven	31. 3. 1921	Köln
Margaretha Böcker	14. 6. 1926	Borken	Helene Maihöfer	14. 6. 1917	Ennepe-Ruhr
Bernhard Boland	12. 9. 1920	Borken	Heinrich Möllers	23. 11. 1926	DHPol
Walter Goray	7. 5. 1921	Gelsenkirchen	Arndt Robin	12. 10. 1960	Aachen
Lothar Gruteser	14. 10. 1952	Autobahnpolizei Düsseldorf	Rudi Sauer	7. 7. 1921	Wesel
Lothar Hähn	15. 3. 1926	Essen/Mülheim	Hermann Schaub	14. 12. 1938	BZ Linnich
Ernst-Ulrich Humke	17. 5. 1943	Dortmund	Horst Schmidt	28. 3. 1928	Neuss
Karl Hunecke	19. 12. 1922	Bochum	Heinz Schneider	21. 12. 1925	Minden-Lübbecke
Elisabeth Jöken	14. 7. 1926	Heinsberg	Willi Seidler	1. 12. 1939	Düsseldorf
Else Jung	16. 3. 1915	Paderborn	Hubertine Spiekermann	24. 1. 1923	Aachen
Hubert Kallrath	16. 1. 1928	Aachen	Georg Stamm	23. 10. 1952	Hamm
Kurt Kirstein	7. 2. 1922	Botrop/Gladbeck	Gisela Voigt	15. 1. 1929	Dortmund
Erich Kleinvogel	27. 1. 1925	Bonn	Pauline von Behren	29. 3. 1919	Oberhausen
Walter Kretz	17. 2. 1921	Köln	Alfons Weßling	2. 10. 1922	Borken
Anna Krieger	27. 9. 1930	Heinsberg	Erich Will	22. 3. 1955	Unna
Bernhard Kwiatkowski	1. 6. 1924	Gelsenkirchen	Josef Winnen	7. 2. 1915	Duisburg

